



**wege
aus der krise**

www.wege-aus-der-krise.at

**Überfluss besteuern,
in die Zukunft investieren!**

Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget

Vorschläge für Zukunftsinvestitionen und Steuerreformen für die
Legislaturperiode 2013-2018 (Kurzfassung)

2014

**Arbeit entlasten
Vermögen gerecht beteiligen
Steuersystem ökologisieren
In die Zukunft investieren
Budgets demokratisieren**

erstellt von:



Ein anderes Budget ist nötig!

Die öffentlichen Schulden sind seit 2007 in allen europäischen Ländern als Folge von Wirtschaftskrise, Bankenrettungen und Konjunkturmaßnahmen angestiegen. Dennoch wird behauptet, dass zu hohe Sozialausgaben die Ursache dafür wären. Zusätzlich führt die seit 2009 EU-weit vorangetriebene Kürzungspolitik zu sinkenden Staatseinnahmen und zu noch mehr Schulden. Die Konsequenzen für die Menschen sind konkret spürbar: Steigende Arbeitslosigkeit, Verarmung der Mittelschicht, Privatisierung und verringerter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser, Gesundheit und Bildung. Diese Politik verschärft die Krise – nicht

nur in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien oder Großbritannien.

Auch das österreichische Budget ist in vielen Bereichen weder sozial gerecht und ökologisch nachhaltig noch geschlechtergerecht, demokratiefördernd und zukunftsfähig. Und auch hierzulande steigt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich an. Statt Kürzungspolitik und -maßnahmen braucht es daher ein Ende der Unterfinanzierung von Staatsausgaben und ein Bekenntnis zu sinnvollen öffentlichen Investitionen. Das Zukunftsbudget hat sieben wesentliche Intentionen:

ZIELE VON WEGE AUS DER KRISE

- die Befriedigung von Grundbedürfnissen
- die gerechte Verteilung und Bewertung von Arbeit
- die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
- globale Solidarität
- ökologische Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit
- eine Demokratie, die allen gleiche Teilhabechancen und Mitbestimmungsrechte garantiert

Ein Zukunftsbudget braucht Demokratie!

Um echte Beteiligung zu ermöglichen ist zum einen der Zugang zu Daten und Informationen eine zentrale Voraussetzung. Zum anderen braucht es transparente und nachvollziehbare Beteiligungsprozesse. In einem ersten Schritt fordern wir

- den Beitritt Österreichs zum „Open Government Partnership“ (www.opengo-

vpartnership.org)

- ein Informationsfreiheitsgesetz, in dem der Zugang zu Informationen über die Verwendung aller öffentlichen Mittel – auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene – als zentraler Bestandteil verankert ist.
- die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Erarbeitung von „wirkungsorientierten Budgets“ in einer

klaren und transparenten Weise.

- die Einladung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem öffentlichen Hearing seitens des Budgetausschusses des Nationalrats (bzw. auch auf Länderebene) – und zwar im Frühjahr, wenn es um die langfristige Budgetplanung geht, wie auch im Herbst, wenn es um das Budget für das kommende Jahr geht.
- die Einrichtung eines unabhängigen Beirats zur Umsetzung von Gender-Budgeting. Die Besetzung soll zu 50 % durch

die Frauenministerin (der ja die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Gleichstellung obliegt) erfolgen. 50 % der Mitglieder sollen zivilgesellschaftliche bzw. wissenschaftliche AkteurInnen stellen. Auf Regierungsseite ist die Institutionalisierung von Gender Budgeting im Bundeskanzleramt (BKA) vorzusehen. Zusätzlich dazu soll auch ein Gender-Budget Forum mit breiter öffentlicher Beteiligung eingerichtet werden.

Budgetpolitik ist Frauen- und Gleichstellungspolitik

Vorschläge aus dem zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget, die Gleichstellung fördern sind:

- Angleichung des Lohnniveaus der im Sozialbereich Beschäftigten (Pflege, Kinderbetreuung...) an das durchschnittliche Einkommen von Angestellten
- Mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeangebote für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einführung eines Taktfahrplanes bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit kurzen

Intervallen verbessert die Mobilität

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit für eine bessere work-life-Balance und eine gerechtere Aufteilung von unbezahlter Haus- und Familienarbeit
- Ausbau der Ganztagschule ermöglicht bessere Berufschancen für Frauen mit Kindern und bessere Zukunftschancen für Kinder aus sozial schwächeren Schichten
- Umstellung von Freibeträgen auf Absetzbeträge im Steuerbereich unabhängig vom Einkommen.
- Ausbau der Förderung von Fraueninstitutionen (siehe Langfassung)

DAS ZUKUNFTSBUDGET IM ÜBERBLICK

| | Einnahmen in Mio. € | Ausgaben in Mio. € |
|------------------------------|---------------------|--------------------|
| Investitionen in die Zukunft | | 6.640 |
| Weniger Steuern auf Arbeit | | 1.810 |
| Abbau von Schulden | | 1.500 |
| Besteuerung von Überfluss | 9.950 | |
| Summe | 9.950 | 9.950 |

Investitionen in die Zukunft 2014

| | Mio. € | Beschäftigungseffekt* | |
|--|---|-----------------------|----------------|
| Sozial gerecht und solidarisch aus der Energiekrise | Thermische Sanierung | 200 | 2.200 |
| | Förderung dezentraler Stromerzeugung | 30 | |
| | Beratungsoffensive - Energiesparen/Nachhaltige Energieformen | 10 | |
| Leistungsfähige und umwelt-schonende Mobilität für alle! | Reaktivierung und Ausbau von Regionalbahnen | 350 | 6.000 |
| | Flächendeckender 1-Stundentakt für bestehendes und reaktiviertes Netz | 95 | 1.500 |
| | Ausweitung des Busverkehrs | 45 | 500 |
| | Zukunftsfonds - Infrastrukturprojekte für Gehen und Radfahren | 100 | 2.000 |
| | Reform der Pendlerpauschale | 100 | |
| | Soziale Ausgleichsmaßnahmen für MöSt Erhöhung | 100 | |
| | Verbesserung des Güterverkehrs auf der Schiene | 50 | |
| | Verbesserung der Eigenkapitaldecke der ÖBB | 140 | |
| Gesundheit und Pflege | Ausbau der Pflegesachleistungen u.a. mobile Pflege, Pflegedienst | 300 | 7.000 |
| | Höhere Löhne für das Personal im Pflegebereich | 150 | |
| | Qualifizierung & Qualitätssicherung des Pflegepersonals | 100 | |
| | Aufstockung der Mittel des bundesweiten Pflegefonds | 500 | |
| Armutsprävention statt Almosen | Valorisierung des Pflegegeldes um 10% | 240 | |
| | Auszahlung Mindestsicherung 14x (statt 12x) | 200 | |
| | Verbesserungen für Kinder und Alleinerziehende | 117 | |
| | Anhebung des Arbeitslosengeldes von 55% auf 70% | 450 | |
| Arbeit gerecht teilen! | Ausbau der Beratungseinrichtungen | 30 | 400 |
| | Mehr Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik | 70 | 2.650 |
| | Arbeitszeitverkürzungsoffensive | 644 | 50.000 |
| Freie Bildung für alle! | Überstunden einschränken | | 60.000 |
| | Ausbau Kinderkrippen, Kindergärten & Vorschulen | 350 | 10.000 |
| | Bessere Entlohnung des Personals in Kinderbetreuungseinrichtungen | 90 | |
| | Ausbau von Ganztagschulen von der Pflichtschule bis zur Matura | 350 | 1.700 |
| | Mehr Geld für Hochschulbildung | 1.000 | 14.000 |
| | Bessere soziale Absicherung für Studierende | 58 | |
| | Mehr Geld für Erwachsenenbildung | 65 | 350 |
| Förderung der Jugendarbeit | 15 | | |
| Familienförderung erhöhen und vereinfachen durch Umschichtung | | 0 | |
| Leistungsfähiges Wohnen für alle | Zweckbindung der Wohnbauförderung | 340 | |
| | Maßnahmenpaket gegen Energiearmut | 100 | |
| Ein Budget für den Menschen-schutz | Ausreichende Grundversorgung von Asylsuchenden während der gesamten Aufenthaltsdauer | 65 | |
| | Flächendeckende qualitativ hochwertige Rechtsberatung und Rechtsvertretung | 12 | |
| | Bildungs- und Sprachkurse für Asylsuchende | 1,5 | |
| | Individuelle Integrationsförderung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte | 4 | |
| | Verbesserte psychosoziale bzw. psychotherapeutische Betreuung | 1,5 | |
| | Beteiligung Österreichs an Flüchtlings-Resettlement-Aktionen in Kooperation mit der UNO | 5 | |
| Entwicklungszusammenarbeit | Erhöhung direkt gestaltbarer EZA und Katastrophenhilfe | 32 | |
| | Klimasoforthilfe | 40 | |
| Aufstockung des Frauenbudgets | | 90 | |
| Gesamt | Summe | 6.640 | 158.300 |

* Wo bereits Berechnungen hinsichtlich der Beschäftigungseffekte vorliegen, finden sich diese in der Tabelle wieder.

Überfluss besteuern 2014

| | Mio. € | |
|---|--|--------------|
| Vermögen besteuern | Vermögenssteuer für große Vermögen | 3.500 |
| | Erbschafts- und Schenkungssteuer | 500 |
| | Stiftungssteuer | 250 |
| | Grundsteuer Neu | 1.000 |
| | Reform der Bodenwertabgabe | 150 |
| Spitzen-einkommen gerecht beteiligen - Arbeit entlasten | Einkommens- bzw. Lohnsteuer für hohe Einkommen anheben | 300 |
| | Einführung des Überstunden - Euro | 300 |
| Abschaffung der Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen und Kapitalgesellschaften | Abschaffung der Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen | 700 |
| | Gruppenbesteuerung reformiert | 250 |
| | Anpassung Köst an OECD Niveau | 500 |
| Finanztransaktionen besteuern | Börsenumsatzsteuer wieder einheben bis zur Einführung der Finanztransaktionssteuer | 200 |
| Ökosteuern, die der Umwelt nützen | Angleichung der Mineralölsteuer (MöSt) für Diesel | 400 |
| | LKW Roadpricing auf allen Straßen | 370 |
| | Kerosinbesteuerung | 390 |
| | Reform der Normverbraucherabgabe (NOVA) | 550 |
| | Reform der steuerlichen Begünstigungen für Firmenwagen | 300 |
| | Reform der motorbezogenen Versicherungssteuer | 140 |
| | Förderentgelte für bundeseigene fossile Rohstoffe (Erdöl und Erdgas) | 100 |
| Einführung einer Düngemittelabgabe | 50 | |
| Gesamt | Summe | 9.950 |

Alles Details zu den Investitionen und Ausgaben des Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget finden Sie in der Langfassung unter www.wege-aus-der-krise.at



Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ ist ein Zusammenschluss von elf verschiedenen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie entwickelt seit 2010 das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“. Dazu lädt sie auch weitere Akteure ein. Das Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget 2014 ist nicht nur der Vorschlag für alternative Wege aus der Krise für das Jahr 2014. Es sind von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis getragene Vorschläge für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Steuerreform und Zukunftsinvestitionen für die neue Legislaturperiode. Wir stellen damit solidarische, ökologisch nachhaltige und demokratische Wege aus der Krise vor. Denn unsere Vision ist ein gutes Leben für alle Menschen - in Österreich, in Europa und der Welt.

Die Allianz besteht aus:

Attac Österreich, Die Armutskonferenz, GdG-KMSfB, GLOBAL 2000, GPA-djp, Greenpeace, Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, ÖH - Österreichische HochschülerInnenschaft Bundesvertretung, PRO-GE, die Produktionsgewerkschaft, SOS Mitmensch, VIDA - die Lebensgewerkschaft

Sie finden uns online unter www.wege-aus-der-krise.at
sowie auf facebook: <http://www.facebook.com/wege.aus.der.krise>
Kontakt: infos@wege-aus-der-krise.at

Impressum:

Medieninhaber, Eigentümer und Verleger:

Attac Österreich - Netzwerk für eine demokratische

Kontrolle der Finanzmärkte,

Margaretenstraße 166, A-1050 Wien.

**Überfluss besteuern,
in die Zukunft investieren!**

Ein Gutes Leben für alle!

Gemeinsam einen neuen Weg einschlagen!



- **Große Vermögen besteuern,**
- **Arbeit entlasten!**
- **Öffis, Kinderbetreuung und Pflege ausbauen!**
- **Geld für Bildung statt für Banken**
- **Privatisierungen stoppen!**
- **Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit!**



**wege
aus der krise**

Jetzt Zukunftsbudget unterstützen!
www.wege-aus-der-krise.at

Impressum:

Medieninhaber, Eigentümer und Verleger: Attac Österreich - Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte,

Margaretenstraße 166, A-1050 Wien.

Gestaltung: Fabian Unterberger, Druck: Druckerei Janetschek GmbH